

Sommer 2016

GRÜN

Infos der GRÜNEN in Bienenbüttel

mehr
Grün ins
Rathaus

- Fahrradverkehr in Bienenbüttel
- Drittes Bahngleis
- Dorferneuerung
- Wegeseitenräume
- Klimaschutz



Liebe Leserin und lieber Leser,

dies ist eine neue Ausgabe GRÜN, mit der wir Sie über unsere aktuelle Arbeit und unsere politischen Vorschläge und Initiativen informieren möchten. Wir würden uns freuen, wenn wir Sie bei einer unserer Veranstaltungen begrüßen dürfen.

Viel Spaß beim Lesen!

Ihre Bienenbütteler GRÜNEN

Ein Sommerinterview mit dem Fraktionsvorsitzenden Reinhard Schelle-Grote

Reinhard, fünf Jahre drei Grüne im Rat. Was waren Eure Schwerpunkte?

Wir haben Umwelthemen in den Rat gebracht, Bürgerbeteiligung und Transparenz gefördert, auf Konflikte aufmerksam gemacht, uns mit allen die Gemeinde betreffenden Themen auseinandergesetzt, uns in die Debatten eingebracht, die Öffentlichkeit einbezogen. Das hat vielleicht nicht allen gefallen, war aus unserer Sicht aber gut so.

Braucht Kommunalpolitik Opposition?

Unsere Rolle bestimmt sich auch durch unsere Position im Rat. Die Rolle ist nicht selbst gewählt. Demokratie braucht Widerspruch. Und das ist ein hoher Wert. Im Übrigen war unsere Haltung immer inhaltlich gemeint. Also gewiss keine Opposition um der Opposition willen.

Reinhard, die anderen Parteien im Rat - wie hast Du das erlebt?

Bei der CDU habe ich wenig Offenheit gespürt für Themen, die uns wichtig sind.

Wie z.B. Bürgerbeteiligung. Ein inhaltliches Eingehen auf unsere Themen haben wir vermisst. Zu oft sahen wir uns pauschalen Abwertungen ausgesetzt. Die KA haben wir immer in einem sehr engen Schulterschluss mit der CDU erlebt. Sie wollen ja eine Alternative zu den Parteien sein. Davon haben wir nichts gemerkt. Mit der SPD gab es natürlich unterschiedliche Meinungen, wir haben aber immer fair und offen zusammen gearbeitet.



Braucht es Parteien in der Kommunalpolitik?

Die Grünen zum Beispiel stehen für unverwechselbare Inhalte und die bringen wir in die Kommunalpolitik ein. Wer grün wählt, weiß was er/sie bekommt.

Auf welches Thema freust Du dich in den nächsten fünf Jahren am meisten?

Wir brauchen einen Entwicklungsplan für Bienenbüttel. Auf die inhaltliche Diskussion und hoffentlich gute Beschlüsse freue ich mich sehr.

Dorfentwicklung

Die Diskussion über die Erschließung neuer Baugebiete erhitze die Gemüter in Bienenbüttel immer wieder. Im letzten Jahrgang es um einen Aufstellungsbeschluss für eine Fläche zwischen Bienenbüttel und Hohnstorf. Gegen unsere Stimme wurde dieser Beschluss getroffen. Pikant daran ist, dass drei von vier GrundeigentümerInnen gar nicht daran denken, die Flächen zu verkaufen.

Aktuell geht es um Flächenerwerb für ein weiteres Baugebiet in Hohenbostel. Zahlreiche AnwohnerInnen haben sich in eine Unterschriftenliste gegen diese Pläne eingetragen.

Wir vertreten den Standpunkt, dass vor einer Ausweisung neuer Baugebiete ein Entwicklungsplan für die ganze Gemeinde Bienenbüttel erstellt werden muss. Dabei gilt es auch zu untersuchen, wo und wie eine bauliche Verdichtung im Ortskern realisiert werden kann. Die Umnutzung von landwirtschaftlichen Flächen in Wohngebiete ist möglichst zu vermeiden. Auch über veränderte Wohnformen sollte nachgedacht werden. Paare, die in Häusern leben, die bis zum Auszug der Kinder mit

4-5 Personen bewohnt wurden, wollen vielleicht in das Zentrum in eine kleinere Wohnung ziehen - ihre Häuser könnten dann z.B. von NeubürgernInnen mit Kindern erworben werden. Eine mehrgeschossige Bebauung im Ortskern wäre denkbar, um weiteren Wohnraum zu schaffen. Dieses und vieles mehr gilt es zu diskutieren. Die derzeitige „Weiterentwicklung“ der Gemeinde Bienenbüttel beschränkt sich im Wesentlichen auf die flächenmäßige Ausweitung des Dorfes. Das halten wir für falsch. Schon jetzt sind Entfernungen von 2 Kilometern vom Wohnhaus bis zum Ortskern realistisch. Das mag in Hamburg in Ordnung sein, in einem Dorf wie Bienenbüttel ist das nicht mehr „dörflich“. Wir sollten daher nach anderen Wegen der „Weiterentwicklung“ suchen.

Auf die Einrichtung eines Arbeitskreises, der sich mit der Gesamtentwicklung Bienenbüttels beschäftigt, haben sich alle im Rat vertretenen Parteien und Gruppen geeinigt. Dieser wird nach der Kommunalwahl eingerichtet.

Wenn aber im Vorwege neue Baugebiete beschlossen werden, wird die Arbeit des oben genannten Arbeitskreises in Frage gestellt.



Drittes Gleis

Seit vielen Jahren versuchte die Deutsche Bahn vergeblich, den Bau einer „Y-Neubau-Schnellstrecke“ für den Personenfernverkehr (zwischen Hamburg und Bremen einerseits und Hannover andererseits) durchzusetzen. Diese Trasse durch die westliche Heide scheiterte am Widerstand von Bürgerinitiativen und verantwortlichen Regionalpolitikern. Daraufhin stellte die Bahn vor zwei Jahren 7 neue „Alternativtrassen“ zur Auswahl vor. Diese sollten vor allem den Gütertransport von und zu den Nordsee-Häfen in Richtung Nord-Süd gewährleisten.

Gegen diese Neubau- und auch Ausbaustrecken bildeten sich allerorten und auch in im Kreis Uelzen starke Bürgerinitiativen.

Die Landesregierung berief deshalb - im Einvernehmen mit Bundesverkehrsministerium und Deutscher Bahn - ein „Dialogforum Schiene Nord“ mit knapp 90 TeilnehmerInnen ein. Ihm gehörten an: Bürgerinitiativen, Vertreter von Landkreisen und Kommunen (inklusive Bienenbüttel), Kammern und Verbände.

Ein Jahr lang arbeitete dieses Forum intensiv und ergebnisoffen in Celle, um dann eine Lösung für die Bewältigung der Schienenverkehre bis 2030 vorzulegen.

Als sich herausstellte, dass alle diese Varianten über den bereits überlasteten Knoten Hannover laufen sollten und deshalb untauglich sein würden, legte die Bahn



das neue Konzept „Alpha-Variante“ vor. Es beinhaltet den Ausbau vorhandener Schienenwege – in der Westheide und in der Ostheide sowie der Ost-West-Amerika-Linie zwischen Bremen, Uelzen und Stendal. Dadurch könnten die Verkehre –statt über die bereits überlastete Strecke Hannover-Fulda – erfolgreich auf den vorhandenen und aufnahmefähigen, weiter östlich gelegenen Nord-Süd-Korridor zwischen Wittenberge-Stendal-Thüringen-Regensburg geleitet werden. Hamburg beharrte vergeblich auf einer Neubaustrecke, die vor allem seinem Hafen genutzt hätte – und den konkurrierenden Häfen (Bremerhaven und der neuer Tiefseehafen Wilhelmshaven) viel weniger...

Die „Alpha-Variante“ steht nun im Entwurf des Bundesverkehrswegeplans, sie beinhaltet ein 3. Gleis zwischen Lüneburg und Uelzen. Das Dialogforum hat durch verbindliche Zusagen von Bahn, Bund und Land sichergestellt, dass die Anwohner zwischen Lüneburg und Uelzen nach dem Bau des 3. Gleises deutlich weniger Lärm als heute ertragen müssen – durch die Finanzierung maximal möglicher Lärmschutzmaßnahmen, vor allem auch direkt auf und an der Schiene (z.B. durch regelmäßiges Wegschleifen von lärmenden Unebenheiten). Hinzu kommt die bereits laufende und verbindliche Umstellung aller Waggons auf eine neue und leisere Technik (Räder, Bremsen).

Schon heute sind ca 50% der Bienenbütteler BürgerInnen im Kernort laut einer Untersuchung aus dem Jahre 2014 einem gesundheitsschädigen Geräuschpegel durch die Bahn ausgesetzt.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen soll kontinuierlich durch Projektgruppen überwacht werden, die das Dialogforum eingesetzt hat. Bienenbüttel wird mit darauf achten und darauf drängen, dass die zugesagten Maßnahmen wirklich finanziert werden, damit es für AnwohnerInnen und die gesamte Gemeinde deutlich weniger Lärm gibt als heute.

Der Gemeindeverwaltung liegt ein Antrag der GRÜNEN Fraktion vor, eine Informationsveranstaltung zu den möglichen Folgen des drittes Gleises durchzuführen. Hierzu sollen Experten eingeladen werden.

Wegeseitenräume

Bundesweit gewinnt das Thema Wegeseitenräume an Bedeutung. Auch Landwirtschaftskammer und Bauernverband rufen dazu auf, diese Flächen nicht abzupflügen. Immer mehr Landkreise und Gemeinden (z. B. Lüchow-Dannenberg, Rotenburg) holen die verloren gegangenen Randstreifen Schritt für Schritt zurück. Wir Grüne setzen uns dafür ein, auch im Gemeindegebiet Bienenbüttel die Wegeseitenräume der Feldwege (Gemeindewege, Ortsverbindungswege in kommunalem Eigentum) zu renaturieren, sodass sie wieder als un-

genutzte Saumstrukturen die Landschaft beleben und die Möglichkeit bieten, die Artenvielfalt zu erhöhen. Hier ist Raum für Hecken und Bäume (besonders Obstbäume) - mehrjährige Pflanzen, Stauden und Gräser bilden entlang der Wege in besonderer Weise ein Biotopverbundsystem.

Ein zu frühes oder zu häufiges Mähen aus Ordnungsliebe ist schädlich und widerspricht dem Naturschutzgesetz. Es verhindert Blüte und Samenreife der Gräser und Kräuter und macht Raine für die Tierwelt nahezu wertlos. Eine einmalige Mahd im Oktober/November ist daher ausreichend.

In Varendorf wurden vor 20 Jahren (mit finanzieller Unterstützung der Gemeinde) von der Dorfgemeinschaft 68 Obstbäume an einem Feldweg gepflanzt. Seither wird der Bereich nur noch einmal jährlich im Oktober/November gemäht. Auf diese Weise hat sich die Artenvielfalt eindrucksvoll erhöht – von 20 unterschiedlichen Kräutern auf nun schon über 60. Viele Spaziergänger der umliegenden Dörfer, Jogger, Radfahrer und Reiter sowie Eltern, deren Kinder in der nahegelegenen Kinderreitschule üben, nutzen diesen attraktiven Weg sehr gern.



Klimaschutz

Um die gefährlichen Folgen des Klimawandels abzuwenden, muss nach Ansicht von Wissenschaftlern die globale Erwärmung auf unter zwei Grad begrenzt werden. Die CO₂-Emissionen müssen drastisch gesenkt werden, um den Treibhauseffekt zu stoppen. Die Notwendigkeit von Maßnahmen des kommunalen Klimaschutzes ist inzwischen unbestritten - einige Gemeinden auch im Kreis Uelzen setzen längst auf Klimaschutzkonzepte.

Ziel der Grünen ist es, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um mindestens 40% im Vergleich zu 1990 zu senken und die Anstrengungen zur Deckung des verbleibenden Energiebedarfs aus 100% Erneuerbaren Energien massiv zu erhöhen. Wir wollen bis 2030 die Stromproduktion und bis 2040 die Wärmeproduktion auf 100 % Erneuerbare Energien umstellen.

Regenerative Energien

Regenerative Energien sind wirksame Instrumente, um die Haushalte von Gemeinden mittel- und langfristig von hohen Energiekosten zu entlasten. Um Alternativen zu entwickeln sind zunächst Investitionen erforderlich. Deshalb hat der Bund ein Förder-Programm „Klimaschutz in Kommunen“ aufgelegt.

Für ein Klimaschutzprogramm konnten wir anderen Ratsmitglieder noch nicht gewinnen. Wir arbeiten weiter beharrlich daran, dass in der Gemeinde Bienenbüttel ein Energiekonzept entwickelt wird, welches Kostensparpotentiale für die Zukunft erschließt.

Kommunale und dezentrale Energieversorgung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen alle Bestrebungen von Kommunen, die



Energieversorgung zu rekommunalisieren. Dort, wo diese Lösung nicht möglich ist, fordern wir die Kommunen auf, beim Neuausschluss von Konzessionsverträgen ein deutliches Zeichen für mehr Klimaschutz und Erneuerbare Energien zu setzen. Dies ist auch unsere Forderung in Bienenbüttel. Bei Neuausschreibungen von Stromversorgungen sollte die ausschließliche Herkunft aus regenerativen Quellen ein verbindliches Ausschreibungskriterium für Strom sein.

Eine Chance wurde vertan

Der Bezug von regenerativer Energie für die gemeindeeigenen Gebäude wurde mit ca. 1000 € Mehrkosten pro Jahr angeboten. Dabei handelt es sich um weniger als 1% der Auftragssumme für die konventionelle Energieversorgung.

Trotz dieser geringen Differenz konnten sie die Vertreter der CDU und KA nicht durchringen, den Klimaschutz auch in diesem Bereich zu fördern.

Vor Energieeffizienz, energetische Maßnahmen, Energieeinsparungen durch intelligente Planung und die vielfältigen Möglichkeiten zur Energiegewinnung, die uns die Natur bietet - Sonne, Wind und Wasser – das alles sind Investitionen in die Zukunft.

Fahrradverkehr in Bienenbüttel

Der Entwicklung des Fahrradverkehrs wird in vielen Kommunen heute eine große Bedeutung beigemessen - zu Recht. Sind Fahrräder doch nach Einschätzung des ADFC mehr als Fortbewegungsmittel. Vielmehr können mit einem funktionierenden Radverkehr Gemeinden und Städte erst lebenswert werden. Die Mobilität mit dem Rad bietet Lösungen für viele gesellschaftliche Herausforderungen wie Energiewende, Klimawandel und Gesundheit. Sie wirkt Bewegungsangel und Lärmbelastung entgegen und bietet angesichts knapper öffentlicher Kassen und Flächen eine sinnvolle Alternative. Sogar die Bundesregierung hat dies in ihrem Nationalen Radwegeverkehrsplan 2020 unterstrichen.

An Bienenbüttel sind diese Erkenntnisse leider vorübergegangen. Die Grünen haben sich gemeinsam mit Experten die Radwege im Ort angeschaut.

Fazit: Es gibt kein Radwegesystem, sondern nur mehr oder weniger zufällig zusammenhängende Radwegeteilstücke. Diese entsprechen weitaus überwiegend nicht den geltenden baulichen bzw. rechtlichen; sie sind beispielsweise zu schmal oder enden plötzlich, sind also teilweise als gefährlich einzustufen und dürfen deshalb schon lange nicht mehr als Radweg gekennzeichnet werden.



In der Bahnhofstraße weiß beispielsweise kaum jemand wie er/sie sich als RadlerIn verhalten kann/soll, ist die Straße doch eher als Autopiste bzw. Parkplatz konzipiert. Sogar die neu angelegten Radwege im Bereich des Kreisels stammen in ihrer Konzeption aus den 70er Jahren; derart abgetrennte Radwegeführungen auf sogenannten Hochbords gelten unter nahezu allen Verkehrsexperten und der Polizei seit vielen Jahren für die meisten RadlerInnen als gefährlich; an den Begegnungstellen passieren die meisten schweren Unfälle. Die wird noch dadurch verschlimmert, wenn die Radwege, wie häufig in Bienenbüttel, zu schmal und damit nicht regelkonform angelegt sind. Hochbordradwege sind allenfalls akzeptable Zusatzlösungen für junge und ältere Verkehrsteilnehmer oder bei sehr hohem Verkehrsaufkommen.

Die von den GRÜNEN ausgearbeitete Analyse wurde dem Bürgermeister bereits im November 2015 zugestellt. Leider hat er erst im Juni knapp darauf geantwortet, „an Maßnahmen würde gearbeitet“. Diese zögerliche Bearbeitung in dieser wichtigen Angelegenheit (siehe oben) lässt vermuten, welchen geringen Stellenwert die Entwicklung des Radverkehrs aus Sicht des Bürgermeisters in Bienenbüttel hat.

Die GRÜNEN werden dieses überaus wichtige Thema weiter verfolgen. Wir werden im Herbst ein eigenes Radwegekonzept vorstellen. Wir laden Interessierte gerne zur Mitarbeit ein.

Wir Grünen setzen uns natürlich auch aktiv oder unterstützend ein

- für ein weiterhin gutes Kinderbetreuungs- und Schulangebot in Bienenbüttel
- für mehr Angebote in der Jugendarbeit
- für Unterstützung des Ehrenamts, z.B. in der Freiwilligen Feuerwehr, im Sozialverband, im Kulturverein oder im TSV
- für eine erfolgreiche Integration von Flüchtlingen
- für alternative Verkehrskonzepte statt einer unsinnigen und regionalschädlichen A 39
- für gute Modalitäten des HVV-Nahverkehrs-Anschlusses
- gegen Rassismus und gegen völkische oder faschistische Auftritte
- für den Ausbau sportlicher Angebote und einen raschen Bau der Ilmenauhalle
- für den Einsatz alternativer Energie: Windenergie (aber nicht in Naturschutzgebieten), Photovoltaik, Erdwärme, Blockheizkraftwerke
- für mehr Mehrgenerationenprojekte und Mobilität im ländlichen Raum
- für den Erhalt und die Akzeptanz von Bauernhöfen in unseren Dörfern
- für ein ausreichendes Breitband-Angebot in allen Ortsteilen
- für die Unterstützung guter und regionaler Angebote alter und neuer heimischer Unternehmen
- für eine Fortsetzung des Dorferneuerungsprogramms
- für eine schnelle Realisierung neuer Radwege
- für mehr Begegnungsmöglichkeiten von neuen und bisherigen Bürgern



mehr
Grün ins
Rathaus

Impressum

Kontakt:
Reinhard Schelle-Grote
Grenzweg 17, 29553 Bienenbüttel

©Entwurf, Gestaltung, Fotografie:
Ulrich Niehoff - www.ulrich-niehoff.de

Weitere Infos finden Sie unter
www.gruene-bienenbuettel.de